Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Otto Siemer. Stellv. Chefredakt.: Dr. Hans Hiss. Verlagsleiter: H. H. Schreckenbach. Anzeigenleiter: Rudolph Gothner. Chefs vom Dienst: Dr. W. Hühne, Fred Hansch. Außenpolitik: Heinrich Meske, Innenpolitik: Günther Genske, Nachrichten: Rudolf Brüning, Lokales und Kommunales: Josef Ollig, Nordwestdeutsche Politik: Georg Zimmermann, Sport: C. F. Mossdorf, Feuilleton: Eberhard von Wiese, Kulturpolitik: W. M. Herrmann, Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg, Schiffahrt: Diplom-Volkswirt H. H. Kroll, Allgemeines: K. Losch, Film: Franke Selle, Bilder: Karl Gröning jr., Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. — Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Widerspenstiger Castro

Die Krise um Kuba schwelt weiter. Aber es bleibt dabei, daß sie viel von ihrer Schwere verloren hat. Castro macht Schwierigkeiten. Er fühlt sich von Chruschtschow verraten, obwohl er zugestehen muß, daß die Russen sich von vornherein das Eigentum und die Verfügungsgewalt über die nach Kuba gebrachten Raketen und die angelegten Abschußbasen vorbehalten haben. Er kämpft um sein Prestige. UNO-Inspektoren lehnt er ab. Also sinnt man auf andere Inspektoren. Das Rote Kreuz ist ins Spiel gebracht worden, obwohl diese segensreiche Einrichtung bisher mit guten Gründen politische Aufgaben von sich gewiesen hat. Auch das diplomatische Korps in Havanna wird genannt. Mikojan, in Kuba sehr beliebt, weil er als erster Wirtschaftshilfe versprach, scheint sich in Havanna darum bemühen zu wollen, Castro doch noch zur Einsicht zu bringen.

Die Lage ist von dem entschlossenen Willen der Amerikaner gekennzeichnet. Sie wollen sicher sein, daß in ihrer nächsten Nähe auf Kuba nichts Gefährliches zurückbleibt. Sie betrachten Luftaufklärung nicht als vollwertigen Ersatz für Inspektion an Ort und Stelle und lassen keinen Zweifel daran, daß sie zu anderen Maßnahmen übergehen müssen, wenn man nicht in einigen Tagen klarkommen sollte. Die Frage taucht auf: Sind die Russen insgeheim mit einer Verzögerung einverstanden, weil sie ihre Anlagen vor jeder Inspektion abbauen möchten. Diese Frage mag auf sich beruhen bleiben. Das Wichtigste ist: Man kann den Eindruck haben, daß sie es nicht auf amerikanische Gewaltmaßnahmen ankommen lassen wollen. Sie sehen Kennedy jetzt mit anderen Augen an und sind von seiner Entschlossenheit überzeugt.

Von Anfang an wurde vermutet, daß Peking mit Moskau nicht Hand in Hand geht, weil den Rotchinesen ein amerikanisch-russischer Zusammenstoß durchaus nicht unerwünscht wäre. Er könnte Rotchina zur ersten Macht der Welt machen. Es wird immer deutlicher, daß diese Vermutung richtig war. Peking ist die einzige Macht, die Castro in seinem Widerstand anstachelt und jetzt auch einen versteckten Angriff auf Chruschtschow gestartet hat. Es hat Castro in einer Note versichert, daß die 650 Millionen Chinesen ihm „bis zum letzten Ende" gegen den „amerikanischen Imperialismus" beistehen würden.

Es wäre gewiß unklug, zu unterschätzen, was für Kräfte im chinesischen Volk stecken. Aber vorläufig ist es hinreichend mit der Wirtschaftskrise und den Kämpfen an der indischen Grenze beschäftigt. Castro wird in der Note wohl nicht mehr sehen, als daß China sich wieder einmal in der Rolle eines Hüters des wahren Kommunismus gefällt. Es kommt allein auf Moskau und Washington an. Es scheint, daß diese diesmal bis zu einem gewissen Grad zusammengehen. Man kann nur hoffen, daß das bessere Verhandlungsklima zwischen Moskau und Washington sich auch auf andere Fragen, die die Welt beunruhigen, überträgt. Was für uns Hoffnung ist, ist für Ulbricht Furcht. Vielleicht ist er deshalb wieder nach Moskau gereist.

Dichter Nebel über Bonn

Das Wort „Krise" ist in aller Munde / Wer zog die Fäden?

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn, 2. November

Heute früh kurz vor 11 Uhr in Bonn: Ein steifer kalter Südwest fegt über die Bundeshauptstadt und wirbelt gelbe Blätter auf der Rheinpromenade hoch. Mit in die Stirn gezogenem Hut und hochgeschlagenem Mantelkragen eilen die ersten FDP-Abgeordneten ins Bundeshaus. Das politische Barometer hat die Sturmmarke erreicht. Das Wort von der „großen Krise" ist in aller Munde.

Die Freien Demokraten, seit knapp einem Jahr leidgeprüfter Partner der CDU/CSU in der Bonner Koalition, stehen vor einer entscheidenden Wende.

● Sollen und müssen sie die Koalition verlassen, weil die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erschüttert ist?

● Oder können sie sich damit zufriedengeben, daß ein oder zwei hohe Ministerialbeamte „geopfert" werden?

Auf den Tag genau eine Woche ist die Krise jetzt alt. Zunächst war es nur ein Kriseln. Aber mit atemberaubender Geschwindigkeit spitzten sich die Dinge dramatisch zu. Das Schicksal der Bonner Koalitionsregierung steht auf des Messers Schneide.

Heute vor einer Woche, am Freitagvormittag: Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe trifft ihre letzten Vorbereitungen, um in der Nacht zum Sonnabend zu einer Großaktion gegen das in Hamburg erscheinende Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" auszuholen. Haftbefehle sind seit mehreren Tagen ausgestellt. Auch Durchsuchungsbefehle liegen bereit. In Hamburg und in Bonn werden sie ab 21 Uhr unter aufsehenerregenden Begleitumständen vollstreckt. Erst nach Stunden sickert durch: Es liege der Verdacht des Landesverrates, der landesverräterischen Fälschung und der aktiven Bestechung von Informanten vor.

Von nichts gewußt

Sonnabend früh: Nur einige wenige Tageszeitungen — unter ihnen das Hamburger Abendblatt — können die Meldung darüber aus zeitlichen Gründen noch veröffentlichen. SPD und FDP in Bonn reagieren sofort empört. Die CDU stellt sich hinter die Aktion gegen den „Spiegel".

Bundesjustizminister Dr. Stammberger (FDP), der sich gerade dienstlich in München aufhält, fällt aus allen Wolken. Er als der zuständige Bonner Ressortchef weiß von nichts!

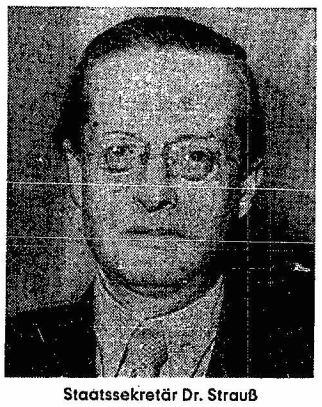
Sonntag: Vor allem FDP-Politiker draußen im Lande rufen aufgeregt in Bonn an und fragen bei ihrer Parteizentrale: Was ist los? Sie sind entsetzt, als sie hören, Stammberger sei selbst von der Aktion überrascht worden.

Montag früh, 10 Uhr: Unter Vorsitz des Bundeskanzlers beginnt im Palais Schaumburg eine Kabinettssondersitzung, an der auch die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen teilnehmen. Adenauer gibt vertraulich Einzelheiten bekannt. Daraufhin verstummen zunächst die Parteizentralen. Auch die SPD, die Bundesverteidigungsminister Strauß wegen einiger dunkler Andeutungen in Richtung „Spiegel" angreifen will, schweigt sich zunächst aus.

Dienstag, 15 Uhr: Bundesjustizminister Stammberger läßt den amtierenden Generalbundesanwalt Dr. Westram nach Bonn kommen. Von ihm erfährt er, daß „das Bundesjustizministerium" sehr wohl von der Aktion unterrichtet worden sei. Stammberger fragt seinen Staatssekretär Dr. Walter Strauß: Stimmt das? Strauß bestätigt es. Er teilt erst jetzt seinem Minister mit, daß er „streng vertraulich — allerhöchste Geheimhaltungsstufe!" informiert worden sei, allerdings mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß der Kreis der Mitwisser so eng wie möglich gehalten werden müsse.

Staatssekretär Dr. Strauß (62), einer der dienstältesten Staatssekretäre in Bonn, führender Mann des evangelischen Flügels der CDU und intimer Vertrauter von Staatssekretär Dr. Globke (Bundeskanzleramt), faßt das offenbar so auf, daß er auch seinen Minister nicht informieren dürfe.

Stammberger ist empört. Und mit ihm die ganze FDP-Fraktion. Ist er etwa nicht vertrauenswürdig? Wer hat diese Weisung gegeben? Der Bundesjustizminister diktiert einen Brief an den Bundeskanzler in dem er „verlangt", von seinem Amt abgelöst zu werden.



Staatssekretär Dr. Strauß

Mittwoch morgen, 10 Uhr: Adenauer tut, als sei nichts geschehen. Er läßt im Kabinett die Notstandsgesetze beraten. Bei der Debatte über die finanziellen Auswirkungen dieser Gesetze kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Kanzler und Bundesfinanzminister Dr. Starke, ebenfalls FDP. Sonst ist von der sich ausweitenden Koalitionskrise nach nicht viel zu spüren.

Zwei Stunden später: Eine Delegation der FDP unter Führung ihres Parteichefs Dr. Mende erscheint im Palais Schaumburg. Adenauer verläßt die Kabinettssitzung. Die FDP stellt dem Kanzler ein Ultimatum: Entweder wird gegen die Schuldigen unnachsichtig vorgegangen oder sämtliche fünf FDP-Minister verlassen die Regierung. Fristablauf: Donnerstag, 12 Uhr.

Adenauer setzt Bedenkzeit bis Donnerstag 19 Uhr durch. Staatssekretär Globke läßt über das Presseamt verbreiten: Nein, bis Freitag abend. Aber er berichtigt später: Nein, bis Donnerstag abend.

Staatssekretär Hopf

Die FDP zieht sich zu Klausurberatungen ins Bundeshaus zurück. Immer wieder fällt der Name Strauß.

Ist der Staatssekretär Dr. Strauß gemeint oder der Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU), von dem ausländische Zeitungen sofort behaupten, er habe die entscheidende Rolle gespielt und als „Racheakt" eine Strafexpedition gegen den „Spiegel" in Gang gesetzt. Aber Oberst Gerd Schmückle, in Bonn als das „publizistische Maschinengewehr des Verteidigungsministers" bekannt, dementiert entschieden.

Zur gleichen Zeit berät das Kabinett ohne die FDP-Minister weiter, die sich zu ihrer Fraktion zurückgezogen haben. Draußen auf den Fluren warten knäuelweise in- und ausländische Journalisten.

Gerüchte über Gerüchte

Staatssekretär Volkmar Hopf vom Bundesverteidigungsministerium sucht seinen Minister in dessen Privatwohnung auf. Wenige Stunden später meldet sich Hopf (56), erfahrener preußischer Verwaltungsjurist, Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle und Staffelkapitän des zweiten Weltkrieges, aschfahl bei Bundeskanzler Adenauer. Man vermutet zunächst, Hopf wolle vermitteln. Diese Vermutung hält sich auch noch, als Hopf gegen 22 Uhr mit schnellen Schritten und äußerst wortkarg den FDP-Vorsitzenden Dr. Mende im Bundeshaus aufsucht. Zwei Stunden dauert das Gespräch, an dem auch Stammberger teilnimmt. Wortlos, aber noch um einige Schattierungen grauer im Gesicht, verläßt Hopf kurz vor Mitternacht das Bundeshaus. Übermüdet, um Jahre gealtert, fahren auch Mende und Stammberger nach Hause.

Der Bundesjustizminister, groß, wuchtig, sonst stets mit sprühenden Bonmots zur Hand, geht gebeugt die Treppe hinunter. In sein Gesicht haben sich tiefe Falten eingegraben. Er sagt nur: „Es ist mir sehr Ernst. Ich kann das nicht mitmachen. Ich kann und will die Verantwortung dafür auch nicht übernehmen. Hätte ich von der Aktion gewußt, wäre einiges so nicht passiert!"

Donnerstag mittag: Über Bonn liegt Nebel. Es ist Feiertag. Allerheiligen. Glocken läuten. Menschen gehen auf die Friedhöfe. Adenauer entfaltet in Rhöndorf hektische Betriebsamkeit. Der FDP-Abgeordnete Döring, von dem eine deutsche Nachrichtenagentur behauptet hatte, er sei einer der „Spiegel"-Informanten, stellt bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag. Auch ein SPD-Parlamentarier, von dem in derselben Meldung dasselbe behauptet worden war, bestreitet entschieden.

Hopf: Ich war es

Wie Nebel liegt über Bonn ein Dunst von Unbehagen, Unsicherheit, Befremden, Gerüchte, Kombinationen, Spekulationen jagen einander. Staatssekretär Hopf unternimmt einen einsamen Waldspaziergang im Kottenforst. Der Nebel hat sich gelichtet. Da jagt um 13.50 Uhr eine Nachrichtenagentur die Meldung über den Fernschreiber: „Der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Volkmar Hopf, hat die Verantwortung dafür übernommen, daß die FDP-Minister Dr. Stammberger und Weyer (Nordrhein-Westfalen) nicht über die Polizeiaktionen gegen das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" informiert wurden. Hopf hat sich in einer Unterredung in der vergangenen Nacht dem FDP-Vorsitzenden Dr. Mende gegenüber bereit erklärt, daraus die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten."

Die FDP bestätigt indirekt. Damit scheint klar zu sein, daß das Bundesverteidigungsministerium entgegen aller Dementis offenbar doch maßgebenden Anteil an der Aktion hatte. Offen ist bis jetzt für die Parlamentarier aber immer noch: Hat auch Bundesverteidigungsminister Strauß dabei direkt oder indirekt mitgewirkt? Abgeordnete von FDP und SPD meinen, daß diese Frage vom Bundestag geklärt werden muß.

Auslandszeitungen meinen

Castros Sturheit ist gefährlich / Menons Strafe verdient

Die neuerlich versteifte Lage im Kuba-Konflikt und die Entwicklung in Indien sind Hauptthemen der Auslandspresse.

THE TIMES

Die unabhängige britische „Times" über die Gefahr von Castros Sturheit:

„Fidel Castros Sturheit ist um so gefährlicher, als das amerikanisch-sowjetische Abkommen in mehreren anderen Punkten den Belastungen standzuhalten schien. Es besteht jeder Grund zu der Annahme, daß die Sowjets ihre offensiven Stützpunkte auf der Insel tatsächlich abbauen, und es ist immerhin möglich, daß Mikojan nach Kuba entsandt wird, um zu versuchen, Castro zur Vernunft zu bringen. Vielleicht freut sich Chruschtschow sogar insgeheim darüber, daß Fidel Castro die Vorgänge verzögert, bis kein Risiko mehr besteht, daß die Raketen selbst inspiziert werden. Viel beunruhigender ist die Unterstützung der russischen Presse für Castros erneuerte Forderung, daß die Vereinigten Staaten ihren Stützpunkt Guantanamo als Preis für eine Regelung aufgeben wollen. Da Moskau wissen muß, daß Washington nicht im entferntesten die Absicht hat, diesen Preis zu zahlen, wollen die russischen Zeitungen vielleicht hauptsächlich Castro versichern, daß ein Abbau der Raketen nicht bedeutet, daß die allgemeine Unterstützung für Castro zurückgezogen wird. Vielleicht wollen sie auch dem russischen Volk sagen, daß der taktische Rückzug keine strategische Flucht ist. Die Gefahr liegt darin, daß man Castro ermutigt, noch widerspenstiger zu werden."

DIE TAT

Zum gleichen Thema die schweizerische „Tat":

„Obwohl die Moskauer Presse sich wieder antiamerikanisch gebärdet und sogar Castros Verlangen nach Aufhebung des amerikanischen Stützpunktes Guantanamo unterstützt, ist es nicht wahrscheinlich, daß die friedliche Regelung am Widerstand Castros wirklich scheitert. Die Entsendung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan dürfte demnach der Beschleunigung der ganzen Sache dienen. Chruschtschow möchte das bißchen Heiligenschein, das er sich in Kuba wenigstens als Trostpreis erworben zu haben glaubt, retten und muß darum Castros Hoffnungen auf ein Erpressergeschäft mit den Amerikanern enttäuschen."

Daily Telegraph

Bemerkenswert kritisch äußert sich der konservative britische „Daily Telegraph" über den abgesetzten indischen Verteidigungsminister Menon:

„Menon bezahlt jetzt die Strafe für politische Fehlkalkulation und militärische Schwäche. In beiden Punkten ist die Strafe verdient. Menon war das Symbol, wenn nicht der Autor der Politik, das kommunistische China zu beschwichtigen und sowohl außenpolitisch als auch in militärischer Versorgung von der Sowjetunion abhängig zu sein. Er war der Mann, der ständig den Westen angriff. Als solcher ist Menon jetzt diskreditiert."

Hussein ruft Ägypten zum Aufstand gegen Nasser auf

Neue Kämpfe im Jemen / Blutjustiz abgeschafft

Deutsche Presse-Agentur-ap-upi

Amman / New York, 2. November

König Hussein von Jordanien, ebenso irritiert wie König Saud von Saudi-Arabien über den Umsturz im Jemen und die ägyptische Unterstützung der Revolutionäre, hat in seiner monatlichen Rundfunkansprache gestern Volk und Armee Ägyptens zum Aufstand gegen Präsident Nasser aufgerufen.

Hussein nannte Nasser einen „Tyrannen" und verglich ihn mit dem römischen Kaiser Nero. An die übrigen arabischen Staaten appellierte er, sich dem zwischen ihm, Hussein, und König Saud abgeschlossenen Beistandspakt anzuschließen.

Im Jemen hat sich die Lage immer noch nicht stabilisiert. Im Norden und Osten des Landes flammten neue Kämpfe zwischen revolutionären Truppen und königstreuen Stämmen auf, wobei unklar bleibt, wie weit auf seiten der Revolutionäre ägyptische Soldaten und auf seiten der Königstreuen saudiarabische Truppen beteiligt sind. Den Erfolgsmeldungen von beiden Seiten ist Skepsis gegenüber am Platze. So gibt es auch keinen Beweis für die Behauptung der halbamtlichen Nahost-Nachrichtenagentur in Kairo, daß allein gestern 500 Soldaten aus Saudi-Arabien im Jemen getötet oder verwundet worden seien.

Über den vermutlich in Saudi-Arabien stationierten „Rundfunk des Königreichs Jemen" ertönte gestern wieder die Stimme des von den Revolutionären in Sana mehrfach totgesagten Imam Mohammed El-Badr. Sie forderte die Bevölkerung des Jemen auf, „geduldig auszuharren", bis die königstreuen Truppen das Land befreit hätten.

Das Revolutionsregime bemüht sich inzwischen, das Regime zu stabilisieren und dem total rückständigen Lande die ersten Grundlagen eines modernen Staates zu geben.

Soeben wurde eine vorläufige Verfassung verkündet, die die mittelalterliche Blutjustiz abschafft und zum erstenmal in der Geschichte des Jemen den Grundsatz der Rechtsgleichheit aller Bürger festlegt. Während die Imame als geistliche und weltliche Herrscher zugleich bisher nach eigenem Ermessen Recht sprach und „Verbrecher" öffentlich köpfen oder verstümmeln ließen, darf künftig kein Jemenit ohne Gerichtsverfahren bestraft werden.

Die Zwistigkeiten in der arabischen Welt werden aber voraussichtlich nicht verhindern, daß die arabischen Staaten in der nächsten Woche, wenn es vor der UNO um das Schicksal der Palästina-Flüchtlinge geht, eine vernünftige Regelung wieder wie ein Mann ablehnen werden. Denn der gemeinsame Haß gegen Israel ist das letzte dünne Band, das sie noch verknüpft. Überdies können sie auf diese Weise die finanzielle Sorge für die 1,1 Millionen Menschen auf den Westen abwälzen, der ja in ihren Augen verantwortlich ist dafür, daß es einen Staat Israel und das Flüchtlingsproblem gibt.

DIE MEINUNG DER LESER

Diese Zuschriften geben lediglich die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten.

Neue Rufnummern

Ihr Artikel „Die neuen Rufnummern sind nicht überall bekannt" im Hamburger Abendblatt Nr. 227 veranlaßt uns zu folgender Stellungnahme: Die Post weiß von den geschilderten Sorgen derjenigen Fernsprechteilnehmer, die bei den leider unvermeidbaren Rufnummernumschaltungen Rufnummern erhalten, die vorher von Vielsprechern benutzt wurden. In den ersten Tagen nach der Umschaltung werden sie häufig durch Anrufe gestört, die dem vorhergehenden Anschlußinhaber gelten. Die Post kann jedoch bei der heutigen Knappheit die Nummern nicht längere Zeit freihalten. Ein Geschäftsmann, der umzieht, kann nicht für seine alten Kunden auch an der alten Stelle noch weiterverkaufen. Er macht ein Schild mit der neuen Adresse an. Entsprechend setzt die Post sechs bis acht Monate die neuen Rufnummern im Fernsprechbuch in spitze Klammern, setzt Anzeigen in die Zeitung und informiert durch Bescheiddienst und Hinweisansage. Die gewaltige Nachfrage zwingt eben zur Verdichtung der Vermittlungsstellen und damit zur Änderung von Rufnummern.

Oberpostdirektion Hamburg

Habe mich geschämt

Sehr geehrte Redaktion!

Die von Ihnen geschilderten Zustände auf den Parkplätzen der Bundesautobahn wird jeder Autofahrer bestätigen. Es ist allerhöchste Zeit, daß energisch etwas unternommen wird, um diesen unappetitlichen Punkt auf unserer Visitenkarte zu tilgen.

Ähnlich sind auch die Zustände an der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Jeden Sonntag wird sie von Tausenden von Besuchern aus dem In- und Ausland, auch von vielen deutschen und englischen Soldaten, besucht. Die dort

gebauten Toiletten haben im Vorraum eine Wasserleitung. Die Toiletten selbst aber keine Wasserspülung: der Zustand ist entsprechend — eine Benutzung unmöglich. Ich habe mich vor den Ausländern geschämt.

Hochachtungsvolle

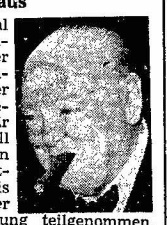
Adolph Joseph, Hamburg 19

BUNTE WELT

U-Boot „von Steuben"

Ein neues Polaris-Raketen tragendes Atom-Untersee-Boot der amerikanischen Marine erhält den Namen „von Steuben". Der preußische General von Steuben hatte sich während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges um die Freiheit des jungen Staates verdient gemacht.

Churchill ging aus



Zum erstenmal seit seinem Beinbruch im Sommer hat Großbritanniens 87jähriger ehemaliger Premierminister Sir Winston Churchill gestern wieder an einem gesellschaftlichen Ereignis außerhalb seiner Londoner Wohnung teilgenommen. Er ging zu einem Bankett in einem Grand-Hotel an der Themse.

Plastikbombe explodiert

Zum erstenmal seit etwa zwei Monaten ist gestern in Paris wieder eine Plastikbombe detoniert. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Der Sachschaden ist gering.

Studentenheim besetzt

Mit aufgepflanztem Bajonett besetzten amerikanische Bundestruppen gestern ein Studentenheim der Universität Mississippi in Oxford (USA), nachdem ein Soldat durch einen von

Diadem MEHL

Studenten geworfenen Knallfrosch verletzt worden war. In Oxford fanden kürzlich Rassenkrawalle wegen der Immatrikulation eines farbigen Studenten statt.

U-Boot gefunden

Die irischen Behörden haben die deutsche Botschaft in Dublin gebeten, bei der Identifizierung eines U-Boot-Wracks mitzuhelfen, das bei Bergungsarbeiten an der irischen Westküste gefunden wurde. Man vermutet, daß es sich um eines der rund 80 deutschen U-Boote handelt, die nach Kriegsende von den Alliierten vor Irland versenkt wurden.

Protest in Persien

In den größeren Städten Persiens fanden gestern Protestversammlungen statt, die sich insbesondere gegen das Wahlrecht für Frauen bei Gemeinderatswahlen und gegen die Landreform richteten. Initiator der Proteste war die persische Geistlichkeit, die eine Enteignung ihres Landbesitzes befürchtet.

HOLZ Andresen & Jochimsen

Kambodscha beschwert sich

Die Regierung von Kambodscha hat sich gestern darüber beschwert, daß südvietnamesische Flugzeuge zwei Dörfer in Kambodscha mit Bomben angegriffen hätten. Zwölf Personen seien getötet worden.

„Für den Ehekrach"

Geschirr aus billigem Porzellan, das laut klirrt, wenn es zerbricht, bietet ein Washingtoner Fabrikant

unter der Bezeichnung „Fliegende Untertassen" an. Auf den Tassen steht „Für den Ehekrach".

„Ehrlicher" Dieb

Als Barry Roebuck in Northwich (England) aus einem Laden auf die Straße trat und sein eben abgestelltes Fahrrad nicht mehr vorfand, tat er das, was alle Staatsbürger tun: er ging zur Polizei. Zu seinem Erstaunen verhörte die Polizei bereits den „Fahrraddieb". Das war Roebucks Pech. Der „Dieb" stellte sich als der echte Besitzer des Rades heraus, das Roebuck eine Woche zuvor gestohlen hatte.

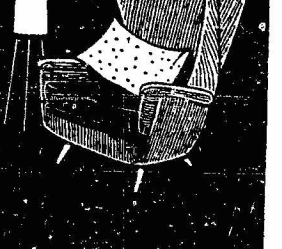
Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilh.-Str. 6. Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2000 Hamburg 1, Mönckebergstr. 5. Sa.-Nr. 34 91 91 (Durchwahl: 34 91 9 . . .). Telegr.: Abendblatt, Fernschreiber-Sammel-Nr. 021 18 98, Berliner Red.: Mariendorfer Damm 1/3, Tel. 70 18 34. Bonner Red.: Wilhelm-Spiritus-Ufer 4, Haus 2a, Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 33 38 51/54. Essener Red.: Sachsenstr. 36, Tel. 2 19 11. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandpreise: Frei Haus mtl. 4,55 DM (einschließl. 35 Pf Exp.-Kosten u. 55 Pf Zustellgeb.). Selbstabholg. 3,95 DM, Postbezug 4,01 DM (einschl. 89 Pf Beförderungsgebühr) zuzüglich 54 Pf Zustellgeb. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 19. — Postscheckkonten: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 32 64, Anz. Hamburg 142 00

EINRICHTUNGSHAUS • HAMBURGER WERKSTÄTTEN

SCHREIBER

Hamburg 36 • Große Bleichen 19 • Poststraße 9 • 34 25 45 • Hamburg-Wandsbek • Walddörferstraße 110 • 68 10 12

KATALOG

SCHREIBER

Sonnabend, den 3. November 1962, durchgehend von 9 bis 17 Uhr geöffnet